

Das Baden-Baden-Debakel: Die unbequeme Wahrheit für Rüsselsheims Expertenrat

Tagesschau-Meldung zeigt die Grenze des Modells: Es gibt eine echte Alternative – nur wird sie nicht genutzt

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat soeben Baden-Badens Haushalt unter Auflagen genehmigt – und neue Kredite bis 2027 untersagt. Die Stadt, deren Expertenrat-Modell Rüsselsheims Oberbürgermeister Patrick Burghardt kürzlich als Blaupause präsentierte, scheitert genau dort, wo Burghardt hoffen lässt: bei der finanziellen Stabilisierung.

Das ist für Rüsselsheim ein wichtiger Moment. Denn es zeigt: Selbst Experten können nicht retten, was strukturell kaputt ist. Und – noch wichtiger – es gibt bereits eine bessere Antwort. Sie heißt nicht Expertenrat. Sie heißt *Restrukturierungs-Framework*.

Das Modell funktioniert nicht – nicht mal dort, wo es erfunden wurde

Baden-Baden hatte sich wie Rüsselsheim einen Expertenrat zugelegt. Die Stadt versuchte zu sparen. Doch das Regierungspräsidium Karlsruhe kam zu einer klaren Diagnose: Die Sparbemühungen reichen nicht. Neue Investitionen sind verboten. Baden-Baden darf nur noch das tun, das es zwingend muss.

Das ist das Ende einer Hoffnung. Und das sollte Rüsselsheim hören.

Die echte Methode: Das Restrukturierungs-Framework

Dabei gibt es für Rüsselsheim bereits einen anderen Weg. Ein methodischer, transparenter Weg. Er heißt *Kommunales Restrukturierungs-Framework Rüsselsheim 2035* und folgt einem klaren Prinzip:

Nicht: „Was können wir sparen?“

Sondern: „Welche Aufgaben brauchen wir überhaupt?“

Das Framework ist nicht nur ein Konzeptpapier. Es ist Teil des **xRAK-Projekts** (*Radio Agent für Kommunikation*) von Radio Rüsselsheim – ein System, das generative KI-Agenten nutzt, um Kommunalpolitik transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Menschliche Neugier trifft auf maschinelle Mustererkennung. Nicht um Entscheidungen zu treffen, sondern um bessere Entscheidungsgrundlagen zu schaffen.

Das Framework invertiert die Beweislast. Nicht die Bürgerschaft muss begründen, warum etwas wegfällt. Verwaltung und Politik müssen begründen, warum etwas *bleiben* soll.

Es arbeitet in sechs Phasen: Aufgabeninventur (Was tun wir?), Klassifizierung (Pflicht oder freiwillig?), Wirkungsprüfung (Bringt es etwas?), Doppelstrukturen (Wo sparen wir ohne Leistungskürzung?), Personalstruktur (Welche Teams brauchen wir wirklich?), politische Prioritätenmatrix (Was ist politisch umsetzbar?).

Das ist keine schnelle Expertenentscheidung. Das ist strukturierte Transparenz. Und das ist genau das Gegenteil des Expertenrats.

Wer urteilt hier eigentlich über wen?

Das Framework selbst sagt es deutlich: Es braucht **externe Moderation** gegen Interessenkonflikte. Peer-Review zwischen Kommunen. Politische Begleitkommission. Unabhängigkeit, um die Verwaltung gegen sich selbst zu prüfen.

Das Framework formuliert es ohne Umschweife: „Die falsche Frage lautet: Wen können wir entlassen? Die richtige Frage lautet: Welche Aufgaben brauchen wir überhaupt?" Und: „Jede Organisation neigt dazu, ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Das ist kein Versagen einzelner Personen. Es ist ein strukturelles Muster."

Genau deshalb braucht der Prozess externe Begleitung. Nur so kann die Verwaltung gegen sich selbst geprüft werden.

Rüsselsheims Expertenrat verletzt diese Regel komplett – und ignoriert dabei die eigene Arbeitsgrundlage:

Von den 12 Sitzen im Expertenrat:

- Der Oberbürgermeister Burghardt sitzt selbst als Kämmerer im Rat
- Drei weitere Sitze besetzt die Verwaltung selbst (Vertreter der drei Magistratsmitglieder)
- Zwei Sitze gehen an Hessischer Rechnungshof und Kommunalaufsicht
- Nur sechs externe Sachverständige sind dabei – nominiert durch die Fraktionen

Das ist nicht das Framework. Das ist das Gegenteil davon. Der OB kontrolliert die Politik des OB. Der Rechnungshof überwacht nicht, ob die Strukturen fair sind – er überwacht, ob die Stadt genug spart.

Burghardt sagte, die Experten dürften „keine verlängerten Arme der Politik" sein. Aber dieser Rat ist ein verlängerter Arm der Verwaltung. Und das ist nicht nur unbequem – das ist ein methodischer Fehler.

Die gleichen Fehler, zwei Städte

Burghardt erklärte, Baden-Baden könne „wertvolle Erkenntnisse aus anderen Kommunen beitragen". Das war Anfang Juni. Knapp vier Wochen später lehnt die Aufsichtsbehörde die Stadt ab.

Woran liegt das? Baden-Baden hat mit Transferleistungen, mit HGO-Vorgaben, mit Gebührenstrukturen zu kämpfen – genau wie Rüsselsheim. Ein Expertenrat kann an diesen Strukturen nichts ändern. Er kann sie nur benennen. Und genau da liegt der politische Trick: Wenn der Expertenrat die Probleme benennt, kann die Politik sagen – „Seht her, wir handeln!" – während die echte Handlung ausfällt.

Baden-Baden ist der Beweis: Es handelt nicht.

Die unbequeme Frage an Rüsselsheim

Wenn Baden-Baden scheitert – warum soll Rüsselsheim dann gelingen?

Burghardt sitzt selbst im Expertenrat. Das ist der zentrale Konflikt: Ein OB kann nicht unabhängig über sich selbst urteilen. Es reicht nicht, dass er das Wort „Unabhängigkeit“ bei der Vorstellung betont. Die Struktur widerlegt ihn.

Burghardt kann jetzt drei Dinge tun:

Erstens: Aus dem Rat aussteigen. Unabhängigkeit bedeutet, dass auch der OB nicht miturteilt. Das ist unbequem – aber es wäre ehrlich.

Zweitens: Die Diagnose Baden-Badens ernst nehmen: Rüsselsheim kann nur sparen, bis es nichts mehr zu sparen gibt. Das ist kein Expertenrat-Problem. Das ist ein Struktur-Problem. Und es braucht echte Verhandlungen mit Bund und Land – nicht einen Rat, in dem die Verwaltung über sich selbst spricht.

Drittens: Weiterhin so tun, als ob dieser Rat unabhängig ist. Dann kann man in zwei Jahren sagen: „Wir haben alles versucht.“ Nur wird bis dahin nichts gelöst sein – genau wie in Baden-Baden.

Die echte Alternative liegt auf dem Tisch

Rüsselsheim hat eine Wahl. Der Expertenrat ist Weg drei: Symbolpolitik statt echter Veränderung.

Es gibt aber einen anderen Weg – und dieser Weg wird bereits praktisch beschritten. Das *Kommunales Restrukturierungs-Framework Rüsselsheim 2035* liegt vor. Es ist methodisch, transparent, politisch legitimiert und wird durch das xRAK-Projekt von Radio Rüsselsheim mit generativen KI-Agenten umgesetzt. Es nutzt maschinelle Mustererkennung und menschliche Neugier, um Kommunalpolitik nachvollziehbarer zu machen – ohne dass Maschinen entscheiden.

Das Framework arbeitet mit den Regeln, die ein echtes Restrukturierungsverfahren braucht:

- Externe Moderation statt Selbstkontrolle
- Vollständige Aufgabeninventur statt schnelle Expertenentscheidungen
- Beweislast umkehren – die Verwaltung muss begründen, warum etwas bleiben soll
- Wirkungsprüfung statt Gewöhnung

Das ist nicht Zukunftsmusik. Es ist ein laufendes Projekt. Burghardt könnte sagen: „Der Expertenrat war der erste Schritt. Der zweite Schritt ist die systematische Umsetzung des Frameworks mit xRAK-Unterstützung.“ Das wäre ehrlich.

Stattdessen wählt Burghardt offenbar Weg drei – so tun, als ob der Expertenrat ausreiche. Baden-Baden zeigt, wohin das führt.

Hintergrund: Tagesschau-Meldung vom 1. Juli 2026

Das Regierungspräsidium Karlsruhe lehnt wichtige Teile des Baden-Badener Doppelhaushalts ab. Begründung: Die Sparbemühungen der Stadt sind unzureichend. Die Stadt darf keine neuen Kredite für Investitionen aufnehmen.

Das ist kein lokales Problem Baden-Badens. Das ist ein bundesweites Signal: Expertenräte sind die Antwort auf die falsche Frage. Sie fragen „Was können wir sparen?“, statt „Wer muss geben?“ Und wer die erste Frage stellt, wird die zweite Antwort nie hören.

Weitere Quellen und Kontext

- Kommunales Restrukturierungs-Framework Rüsselsheim 2035 - Die methodische Grundlage für echte Konsolidierung (PDF)
- xRAK-Anwenderbericht - Wie generative KI-Agenten die Kommunalpolitik transparenter machen (PDF)
- Zusammensetzung des Rüsselsheimer Expertenrats - Die Mitgliederliste des Rats (PDF)

Über xRAK: Das Radio-Agent-für-Kommunikation-Projekt von Radio Rüsselsheim nutzt generative KI-Agenten als Betriebssystem für mehr Transparenz in der Kommunalpolitik. Es verbindet menschliche Neugier und Intelligenz mit maschineller Mustererkennung - nicht um Entscheidungen zu treffen, sondern um Entscheidungsgrundlagen zu verbessern und die Bürgerbeteiligung zu demokratisieren.

Achim Weidner | Lokaljournalismus und Datenschutz | *Mit Daten sprechen*